

Blickpunkt Berlin



Liebe Leserinnen und Leser,

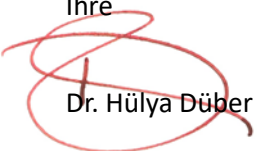
die Lage im Nahen Osten hat den Auftakt dieser Sitzungswoche im Deutschen Bundestag stark geprägt. Die militärische Eskalation rund um den Iran erfüllt viele Menschen mit Sorge: vor einer weiteren Ausweitung des Konflikts, vor neuen Fluchtbewegungen und vor den wirtschaftlichen Folgen, die sich bereits jetzt etwa bei den Energiepreisen abzeichnen.

Bei aller Besorgnis über die aktuelle Entwicklung darf jedoch nicht übersehen werden, wofür das iranische Regime seit Jahrzehnten steht: für brutale Unterdrückung im eigenen Land, für Gewalt gegen die eigene Bevölkerung und für eine Politik, die die gesamte Region immer wieder destabilisiert. Umso wichtiger ist es, die Lage mit Besonnenheit, Klarheit und einem verantwortungsvollen außenpolitischen Kurs zu begleiten. Gleichzeitig zeigt sich einmal mehr, wie eng internationale Krisen und unsere Lage in Deutschland miteinander verbunden sind. Für unser Land als Exportnation sind verlässliche Partnerschaften, wirtschaftliche Stabilität und eine enge Abstimmung mit unseren internationalen Partnern von zentraler Bedeutung.

Neben diesen außenpolitischen Herausforderungen standen in dieser Sitzungswoche auch wichtige innenpolitische Vorhaben auf der Tagesordnung. Im Bundestag ging es unter anderem um die neue Grundsicherung, die Krankenhausreform und weitere Entscheidungen, die für Fairness, Versorgungssicherheit und den Zusammenhalt in unserem Land wichtig sind. Über die wichtigsten Themen und Beratungen dieser Woche möchte ich Ihnen in diesem Newsletter einen kurzen Überblick geben. Wie immer freue ich mich über Ihre Ideen, Anregungen und Kritik.

Ein schönes Wochenende wünscht Ihnen und Euch

Ihre


Dr. Hülya Düber

Die Lage im Nahen und Mittleren Osten

Der Krieg gegen das Mullah-Regime im Iran war in dieser Sitzungswoche auch Thema im Deutschen Bundestag. Die Schwächung dieses Regimes kann eine echte Chance sein für die Menschen im Iran, aber auch für mehr Frieden und Sicherheit im gesamten Nahen Osten. Seit Jahrzehnten steht das Regime in Teheran für Unterdrückung nach innen und Destabilisierung nach außen. Es geht brutal gegen die eigene Bevölkerung vor, treibt sein Atom- und Raketenprogramm voran und unterstützt Terrororganisationen in der Region. All das gefährdet nicht nur Israels Sicherheit und die Stabilität im Nahen Osten, sondern auch die Interessen Europas. Umso wichtiger ist jetzt die Perspektive auf das, was danach kommen kann: Freiheit, Selbstbestimmung und eine Zukunft ohne das Joch der Mullahs. Wir setzen darauf, dass das iranische Volk die Chance erhält, sein Land selbst in eine bessere Zukunft zu führen.

Mit großer Sorge blicken wir zugleich auf die iranischen Gegenschläge in der Golfregion. Diese Angriffe verschärfen die Lage zusätzlich und treffen die Region in einer ohnehin hochgefährlichen Situation. Auch die Blockade der Straße von Hormus ist nicht hinnehmbar. Sie gefährdet freie Handelswege und hat bereits spürbare Folgen für die Energiepreise weltweit.

Krieg bleibt immer ein schwerwiegendes Übel. Zugleich darf das Völkerrecht nicht zum Schutzschild für ein Regime werden, das Freiheit, Sicherheit und Menschenwürde mit Füßen tritt. Entscheidend ist, dass aus dieser Krise eine echte Chance auf Frieden, Stabilität und Selbstbestimmung erwächst.

Nach den Angriffen der USA und Israels auf das Mullah-Regime der im Iran hat der **Schutz der deutschen Bürgerinnen und Bürger**, die sich derzeit in gefährdeten Regionen aufhalten, für die Bundesregierung absolute Priorität. Seit Beginn der Eskalation tag der Krisenstab der Bundesregierung regelmäßig. Das Auswärtige Amt und die Auslandsvertretungen arbeiten rund um die Uhr gemeinsam mit den Reiseveranstaltern daran, deutsche Staatsangehörige in der Region in Sicherheit zu bringen. Wer als deutsche Staatsangehörige/r aktuell im Ausland unterwegs ist, sollte die Reise- und Sicherheitshinweise des Auswärtigen Amts regelmäßig prüfen: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/reiseundsicherheit/reise-und-sicherheitshinweise>

Damit Auslandsvertretungen im Notfall schnell informieren und ggf. unterstützen können, ist in Krisenlagen zudem die Registrierung in der Krisenvorsorgeliste ELEFAND dringend empfohlen: <https://krisenvorsorgeliste.diplo.de/signin>. Bei dringenden Fragen ist die Krisentelefonnummer erreichbar unter +49 30 5000 87777 (täglich 8.00–18.00 Uhr deutscher Zeit).

Das Auswärtige Amt bündelt unter dem folgenden Link laufend Updates und Antworten auf häufige Fragen zur Lage im Nahen/Mittleren Osten: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/nahermittlererosten/2758504-2758504>

Fraktionsvorsitzender Jens Spahn zu Gast in der Arbeitsgruppe Arbeit & Soziales

Mit unserem Fraktionsvorsitzenden Jens Spahn haben wir uns in dieser Woche in der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales ausgetauscht. Wir haben offen über zentrale Fragen rund um Arbeitsmarkt, Leistungsgerechtigkeit und die Zukunft unseres Sozialstaats diskutiert.

Viele Menschen erwarten zu Recht, dass Politik wieder schneller und pragmatischer liefert. Immer mehr Menschen haben zudem den Eindruck, dass Fleiß und Verantwortung nicht ausreichend belohnt werden. Das ist ein Warnsignal und ein Auftrag an uns, die Balance wiederherzustellen.



© CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Michael Wittig

Die gesetzliche Rente steigt

Zum 1. Juli 2026 steigen die gesetzlichen Renten in Deutschland um 4,24 Prozent. Damit profitieren Rentnerinnen und Rentner spürbar von der positiven Lohnentwicklung der vergangenen Jahre. Grundlage für die jährliche Rentenanpassung ist die Entwicklung der Löhne und Gehälter: Steigen die Einkommen der Beschäftigten, erhöhen sich im Folgejahr auch die Renten.

Die Anpassung liegt deutlich über der derzeit erwarteten Inflationsrate von rund 2,1 Prozent. Das bedeutet, dass viele Rentnerinnen und Rentner real mehr Geld zur Verfügung haben werden.

Ich halte diese Entwicklung für richtig. Wer ein Leben lang gearbeitet und Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll auch an der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes teilhaben. Dass die Renten stärker steigen als die Preise, ist daher auch eine Frage der Fairness gegenüber der älteren Generation.

Neue Grundsicherung beschlossen: Vermittlung stärken, Missbrauch bekämpfen, Familien schützen

Nach einer hitzigen Debatte hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag die **neue Grundsicherung** beschlossen. Meine Rede im Plenum lässt sich in zwei Adjektiven gut beschreiben: gefordert und gekontert. Kolleginnen und Kollegen der Opposition stellten mir Zwischenfragen, die ich, wie es sich für eine parlamentarische Debatte um die besten Argumente gehört, auch gern zugelassen habe.



In meiner Rede habe ich betont, worum es bei diesem Gesetz im Kern geht: einen Sozialstaat, der unterstützt, aber auch fordert und der gleichzeitig verlässlich funktioniert. Ein zentraler Punkt der Reform ist die **stärkere Vermittlung in Arbeit**. Die Grundsicherung soll Menschen weiterhin unterstützen, vor allem aber den Weg zurück in Beschäftigung erleichtern. Deshalb stärken wir Mitwirkungspflichten, geben den Jobcentern mehr Handlungsspielraum und verbessern die Voraussetzungen für eine schnellere Vermittlung.

Gleichzeitig gehen wir **entschlossener gegen Leistungsmissbrauch** vor. Mit der Reform schaffen wir erstmals eine klare gesetzliche Grundlage, um organisiertem Missbrauch systematisch zu bekämpfen. Die Bundesagentur für Arbeit erhält dafür neue Möglichkeiten zur Analyse und Koordination. Auch die Verantwortung von Arbeitgebern wird klarer geregelt. Wer den Sozialstaat erhalten will, muss ihn auch gegen Missbrauch schützen.

Wichtig ist mir dabei, dass wir **besonders schutzbedürftige Menschen im Blick behalten**. Bei Menschen mit psychischen Erkrankungen wird ihre Situation künftig stärker berücksichtigt, etwa durch persönliche Anhörungen oder ärztliche Begutachtungen.

Außerdem konnten wir im parlamentarischen Verfahren eine Härtefallregelung bei den Kosten der Unterkunft für Familien mit Kindern verankern.

In der Debatte wurde auch die Rolle der Jugendämter angesprochen. Für mich ist klar: Jugendämter sind keine Strafbehörden, sondern Unterstützungsinstanzen. Wenn Familien den Kontakt zum Jobcenter verlieren und Kinder betroffen sind, muss geprüft werden, ob Unterstützung notwendig ist. Hilfe kann nur dort ankommen, wo bekannt ist, dass sie gebraucht wird. Deshalb gilt mein besonderer Dank den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Jugendämtern und sozialen Diensten, die täglich mit großem Engagement Familien unterstützen.

Wenn wir den Sozialstaat schützen wollen, müssen wir ihn gegen Leistungsmissbrauch verteidigen. Wo Hilfe gebraucht wird, werden wir selbstverständlich auch künftig unterstützen. Die vollständige Rede finden Sie hier: <https://www.bundestag.de/mediathek/video?videoid=7649652>; die Antwort auf die Frage meiner Kollegin von den Linken ist hier abrufbar:

<https://www.bundestag.de/mediathek/video?videoid=7649654>



Krankenhausreform wird praxistauglicher

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Sitzungswoche **Anpassungen an der Krankenhausreform** beschlossen. Ziel ist es, die Reform aus dem Jahr 2024 besser umsetzbar zu machen und gleichzeitig eine hochwertige medizinische Versorgung in ganz Deutschland sicherzustellen.

Die Reform verfolgt zwei zentrale Ziele: hoch spezialisierte medizinische Leistungen auf der einen Seite und eine verlässliche Grundversorgung in der Fläche auf der anderen. Damit dies gelingt, wird die Reform nun praxisnäher ausgestaltet. Übergangsfristen werden verlängert, Ausnahmen erleichtert und die Finanzierung besser abgesichert. Gleichzeitig erhalten die Bundesländer – die für die Krankenhausplanung zuständig sind – mehr Spielraum bei der Umsetzung vor Ort.

Ein wichtiger Bestandteil bleibt die stärkere Spezialisierung von Kliniken. Komplexe Eingriffe sollen künftig stärker in spezialisierten Zentren gebündelt werden, in denen Ärztinnen und Ärzte über besonders viel Erfahrung verfügen. Das verbessert nachweislich die Qualität der Behandlung.

Gleichzeitig bleibt eine wohnortnahe Grundversorgung erhalten, etwa bei Notfällen oder in der Geburtshilfe – gerade für Menschen im ländlichen Raum.

Der Umbau der Krankenhauslandschaft ist ein großer Transformationsprozess. Um Krankenhäuser und Länder dabei zu unterstützen, stellt der Bund zusätzliche Mittel bereit. Der Transformationsfonds wird aufgestockt und stellt bis 2035 insgesamt 50 Milliarden Euro für die Weiterentwicklung der Krankenhausstruktur zur Verfügung.

Mit den Anpassungen sorgen wir dafür, dass die Krankenhausreform praxistauglicher umgesetzt werden kann, die Versorgungsqualität steigt und zugleich eine flächendeckende medizinische Versorgung erhalten bleibt.

Weidetiere besser vor Wölfen schützen

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Sitzungswoche die Änderung des Bundesjagdgesetzes und des Bundesnaturschutzgesetzes beschlossen. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für ein wirksames Wolfsmanagement und stärken den Schutz von Weidetieren.

Hintergrund ist, dass die Zahl der Wölfe in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen ist. Gleichzeitig nehmen auch Wolfsrisse zu. Betroffen sind nicht nur Schafe und Ziegen, sondern zunehmend auch Rinder und Pferde. Für viele Tierhalter bedeutet das wirtschaftlich, aber auch emotional große Belastungen.

Mit der Gesetzesänderung schaffen wir nun klarere und praktikablere Regeln. Künftig erhalten die Länder mehr Möglichkeiten, regionale Managementpläne aufzustellen und die Bejagung an die jeweilige Lage vor Ort anzupassen.

Problemwölfe sollen außerdem schneller und unbürokratischer entnommen werden können. Gerade in Weidegebieten, in denen Zäune nur schwer oder gar nicht umsetzbar sind (etwa auf Almen oder Deichen), ist das ein wichtiger Schritt.

Der Wolf ist und bleibt eine heimische Tierart. Zugleich braucht es einen fairen Ausgleich zwischen Artenschutz und den berechtigten Interessen der Weidetierhalter. Denn die Weidetierhaltung ist für Tierwohl, Landwirtschaft und den Erhalt unserer Kulturlandschaft von großer Bedeutung. Neben einem wirksamen Wolfsmanagement bleibt deshalb auch der präventive Herdenschutz wichtig. Das neue Gesetz ist ein wichtiger Beitrag, um Konflikte im ländlichen Raum zu entschärfen und Weidetiere besser zu schützen.

Starkes Deutschland braucht starke Kommunen

Leistungsfähige Städte und Gemeinden sind die Grundlage für ein starkes Land. Doch vielerorts ist die Haushaltslage der Kommunen inzwischen äußerst angespannt. Gerade deshalb ist es wichtig, die kommunale Ebene spürbar zu entlasten und ihre Handlungsfähigkeit zu sichern.

Im Koalitionsvertrag wurde dafür ein wichtiger Grundsatz vereinbart: die sogenannte Veranlassungskonnexität in den Bund-Länder-Finzen. Dahinter steht ein einfaches Prinzip: Wenn der Bund mit Gesetzen oder Maßnahmen zusätzliche Aufgaben und Kosten bei den Kommunen auslöst, muss auch sichergestellt sein, dass die nötigen Mittel dort ankommen, wo diese Aufgaben tatsächlich umgesetzt werden.

Ebenso wichtig ist, dass Bundesmittel, die über die Länder verteilt werden, am Ende auch die Städte und Gemeinden erreichen, die besonders stark belastet sind. Denn nur wenn finanzielle Verantwortung und politische Entscheidungen zusammen gedacht werden, können Kommunen ihre Aufgaben dauerhaft erfüllen.

Ein besonderes Augenmerk gilt dabei dem Bundesteilhabegesetz und seinen Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte. Die Umsetzung dieses wichtigen Gesetzes gewinnt für viele Städte und Gemeinden zunehmend an Bedeutung. Deshalb will die Arbeitnehmergruppe das Bundesteilhabegesetz im Rahmen einer Anhörung mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis näher beleuchten. Ziel ist es, die praktischen Folgen besser zu verstehen und mögliche Entlastungen für die Kommunen in den Blick zu nehmen.

Herzlichen Glückwunsch an die Akademische Buchhandlung Knodt in Würzburg

Große Freude für die Buchkultur in Würzburg: Die Akademische Buchhandlung Knodt gehört zu den Preisträgern des Deutschen Buchhandlungspreises 2025. Kulturstatsminister Wolfram Weimer hat die diesjährigen Gewinnerinnen und Gewinner vor Kurzem bekannt gegeben. Zu dieser Auszeichnung gratuliere ich dem engagierten Team der Buchhandlung ganz herzlich!

Inhabergeführte Buchhandlungen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Kultur- und Bildungslandschaft. Sie sind weit mehr als Verkaufsorte für Bücher: Mit viel Leidenschaft und Fachkenntnis wecken Buchhändlerinnen und Buchhändler die Freude am Lesen, oft schon bei den Jüngsten. Gleichzeitig sind Buchhandlungen lebendige Treffpunkte, an denen Wissen vermittelt wird, neue Ideen entstehen und Literatur Menschen miteinander verbindet.

Gerade unabhängige Buchhandlungen machen sich in besonderer Weise um das Kulturgut Buch verdient. Mit ihrer Neugier und ihrem Engagement geben sie auch weniger bekannten Autorinnen und Autoren eine Bühne und bereichern damit die literarische Vielfalt.

Der Deutsche Buchhandlungspreis würdigt genau dieses Engagement. Er ist ein wichtiges Zeichen der Anerkennung und zugleich eine Ermutigung, die kulturelle Vielfalt und die Freude am Lesen auch künftig mit so viel Herzblut zu fördern. Umso schöner, dass mit der Akademischen Buchhandlung Knodt eine traditionsreiche Buchhandlung aus Würzburg zu den Ausgezeichneten gehört.

Dr. Hülya Düber MdB
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • (030) 227 – 71447
huelya.dueber@bundestag.de
Wahlkreisbüro: Steinachstr. 3b • 97082 Würzburg • Tel. (0931) 4679 172